

2_2017

DISCUSSION PAPER

Oktober 2017

von Fedor Ruhose

Umgang mit der AfD im parlamentarischen Alltag: 15 Handlungsempfehlungen aus der Praxis

Mit dem Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) ist erstmals eine klar rechtspopulistische bis völkisch-rechtsextreme Fraktion im Bundestag vertreten. Dies stellt andere Fraktionen und Abgeordnete vor neue Herausforderungen im parlamentarischen Alltag. Aus den Bundesländern gibt es bereits praktische Erfahrungen im Umgang mit der AfD, die 2014 erstmalig in einen Landtag einzog und mittlerweile in 13 von 16 Landtagen vertreten ist. Von den Erfahrungen auf der Länderebene sollten nun auch die demokratischen Kräfte im Bundestag profitieren. Dieses Papier leitet aus den bisherigen Erkenntnissen auf Landesebene 15 Handlungsempfehlungen dafür ab, wie der AfD im parlamentarischen Alltag mit Haltung begegnet werden kann.

Einleitung

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist aus der Bundestagswahl 2017 als drittstärkste Kraft hervorgegangen und zieht in den Bundestag ein. Damit gibt es im Bundestag erstmals seit der Gründung der Bundesrepublik eine rechtspopulistische Fraktion, deren Mitglieder und Anhänger zu einem beträchtlichen Anteil aus Rechtsextremisten bestehen. Das hohe Wahlergebnis von 12,6 % und die damit einhergehende Legitimation durch Wählerinnen und Wähler bringen der AfD neben der bereits großen öffentlichen Aufmerksamkeit nun auch finanzielle und personelle Ressourcen.

Dass sich die AfD im parlamentarischen Alltag selbst entzaubert oder – wie frühere rechte Phänomene – von selbst wieder verschwindet, ist mehr als fraglich.

Das sich stetig wandelnde Auftreten der AfD, die kalkulierte Provokation ihres Personals und die regelmäßige Selbstdarstellung als Opfer der „Altparteien“ erschweren eine Auseinandersetzung im Rahmen der bisher praktizierten politischen Mechanismen. Nicht zu unterschätzen sind auch die Unterstützung in den

sozialen Netzwerken sowie die Verunsicherung bei den etablierten Medien hinsichtlich des Umgangs mit diesem relativ neuen politischen Akteur. Dies hat der AfD schon bisher überproportionale Sichtbarkeit beschert. Zudem speist sich der Wahlerfolg der AfD aus verschiedenen Quellen: einem Gefühl der Verunsicherung in vielen Bevölkerungsteilen, dem Bedürfnis nach Protestwahl und aus der Mobilisierung von Konservativen und Rechten, die früher ihre Heimat in der Union und in Parteien rechts von ihr fanden. Die AfD fährt dafür zweigleisig: Sie ist Ventil für die über Jahre aufgestaute Frustration zahlreicher Bürgerinnen und Bürger und gleichzeitig Katalysator für fremdenfeindliche Ressentiments: dies erklärt auch die Wählerwanderung (eine Million Stimmen von der Union, 500.000 von der SPD und 400.000 von den Linken) sowie die große Mobilisierung von Nichtwählern.

Die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und Fremdenhass ist nun im Plenarsaal angekommen. Parteien, Abgeordnete und Medienvertreter müssen jetzt Haltung und einen Umgang mit der AfD im praktischen parlamentarischen Alltag entwickeln, die gewährleistet, dass die Partei bei der nächsten Bundestagswahl nicht noch stärker abschneidet oder, idealerweise, es nicht erneut ins Parlament schafft.

Um die nun anstehende Auseinandersetzung sinnvoll zu gestalten, der AfD mit Haltung zu begegnen und nicht ungewollt in ihre Hände zu spielen, sollten Fraktionen und Abgeordnete die neue Herausforderung mit Bedacht und Umsicht angehen. Außerdem sollten sie aus dem Erfahrungswissen schöpfen, das bereits seit 2014 in der parlamentarischen Praxis der Bundesländer im täglichen Umgang mit der AfD aufgebaut wurde.

Inside AfD: Parteiflügel und Parteieinflüsse

Die neugewählte AfD-Fraktion im Bundestag wird aus mindestens drei Flügeln bestehen, die unterschiedliches Gewicht in der neuen Organisation besitzen: Ein großer Teil der Abgeordneten repräsentiert die

konservative CDU der 80er Jahre, während ein weiterer signifikanter Flügel als Sammelbecken rechtsextremer Kräfte fungiert. Die dritte und mittlerweile schwächste Strömung in der Partei sind wirtschaftsliberale Anhänger von Parteigründer Bernd Lucke oder Hans-Olaf Henkel (der inzwischen ebenfalls ausgetreten ist). Dieser Flügel, mittlerweile repräsentiert von der Spitzenkandidatin Alice Weidel, wird von einer durchaus relevanten Zahl von Basismitgliedern unterstützt, obwohl Alice Weidel im Bundestagswahlkampf in geschickter Arbeitsteilung mit dem zweiten Spitzenkandidaten Alexander Gauland gezielt an einer Verschärfung des Tones der AfD mitgewirkt hat.

In den neuen Bundesländern, wie z.B. in Sachsen-Anhalt, gibt es durchaus Kräfte, die eine auf soziale Themen fokussierte Agenda befürworten. Diese Gruppe der AfD, die linke Sozialpolitik und Wirtschaftsnationalismus präferiert, ist aber noch keine eigenständige Kraft innerhalb der AfD. Ihre Bundestagswahlkampagne basierte daher vor allem auf den bekannten Themen des neuen Markenkerns der Partei: Flüchtlinge, Einwanderung, Islam, Familie, deutsche Kultur, Entfremdung und Kritik an linker Ideologie.

Die 13 Landtagsfraktionen der AfD werden von außerparlamentarischen Kräften und Strömungen, besonders aus dem Kontext der „Neuen Rechten“, beeinflusst.

Dies geht bis hin zur Übernahme bekannter ideologischer Bausteine von der „Umvolkung“ oder dem „Souveränitätsverlust“, die in den Denkfabriken der „Neuen Rechten“ vorgedacht werden. Zudem drängen die Anhänger über die sozialen Medien auf ein radikales Auftreten der AfD in der politischen Auseinandersetzung. Ein ähnlicher Einfluss auf die im Entstehen befindliche Bundestagsfraktion ist zu erwarten.

Die Arbeitsweise der AfD-Fraktionen in den Bundesländern

Die AfD nutzt ein Parlament anders als etablierte Kräfte. Das lässt sich seit 2014 anschaulich in der politischen Arbeit der Landtage beobachten:

1. Die AfD betreibt Dauerwahlkampf im Parlament.

In den öffentlichen Plenarsitzungen der Landtage sucht die AfD durchweg die gezielte Konfrontation. Sitzungen werden dazu genutzt, Öffentlichkeitsarbeit in den sozialen Medien mit Gesprächsstoff und Eskalationspotenzial anzureichern. In den Fachausschüssen der Parlamente, die entweder unter Ausschluss der Öffentlichkeit oder mit sehr geringer medialer Beachtung tagen, halten sich AfD-Abgeordnete hingegen meist zurück oder bleiben den Sitzungen vollständig fern. Zudem zeigen einige Abgeordnete offenes Desinteresse an der fachlichen Arbeit des Parlaments.

Das Hauptinteresse scheint eher dem „Facebook-Sharepic“ hinterher, als der politischen Mitgestaltung während der Parlamentsdebatte zu gelten.

2. Die AfD forciert ihren Markenkern.

Bei parlamentarischen Initiativen dreht sich die Themensetzung immer um den politischen Markenkern der AfD: die Zuwanderungs- und Asylpolitik. Auch wenn andere Abgeordnete davon unabhängige Themen setzen, wie etwa Initiativen in der Familien- oder Wohnungsbaupolitik, verbindet die AfD diese durchweg mit Fragen der Einwanderung und Asylpolitik. Die Ankündigung der AfD, unmittelbar nach der Konstituierung des Bundestags einen Untersuchungsausschuss zur Flüchtlingspolitik Angela Merkels einzurichten, zeugt davon, dass sie diesen Kurs der starken Themenfokussierung auch auf Bundesebene fortsetzen wird.

3. Die AfD pflegt ihre Oppositionsrolle.

Die Fraktionen in den Landtagen nutzen klassische Oppositionsinstrumente wie Kleine Anfragen oder Fragestunden an die Regierung sehr intensiv. Damit stärkt die AfD ihre Selbstwahrnehmung als politische Kraft, die angebliche Missstände „aufdeckt“ oder „entlarvt“.

4. Die AfD sieht sich als „Anwalt der Bürgerinnen und Bürger“.

Die AfD ist sehr bemüht, eine Grenze zwischen sich und anderen Parteien zu ziehen und positioniert sich mit ihren Fraktionen als vermeintlich einzige „Stimme der Bürger“. Zu ihren gängigen Behauptungen zählt, dass nur in der AfD „normale“ Bürger Politik machen, während andere Parteien nur aus BerufspolitikerInnen bestünden. Zudem ruft die AfD stets nach mehr Bürgerbeteiligung und forderte daher im Wahlkampf auch Volksbefragungen auf Bundesebene. Nicht nur aufgrund der öffentlichen Kritik setzt sie auf eigene kleinteilige Regionalveranstaltungen und unterstützt systematisch Demonstrationen von Wutbürgern in Ostdeutschland. In hartem Kontrast zum Anspruch der Bürgernähe steht allerdings, dass AfD-Fraktionsmitglieder oftmals keine Abgeordnetenbüros in den Wahlkreisen unterhalten und nur wenige Veranstaltungen der Zivilgesellschaft besuchen. Diese Beobachtung trifft allerdings vor allem auf die westlichen Bundesländer zu.

5. Die AfD fokussiert sich auf alternative Kommunikationswege.

Soziale Medien, AfD-TV, Blogs/Nachrichtenportale, WhatsApp-Gruppen – die AfD bedient zahlreiche Kommunikationskanäle jenseits der traditionellen Medien. All das erzeugt eine beachtliche Reichweite. Allerdings werden in den alten Bundesländern die finanziellen Ressourcen, die den Landtagsabgeordneten für die Wahlkreisarbeit zustehen, bislang kaum für die Errichtung von Bürgerbüros genutzt. Es scheint, dass die vorhandenen Ressourcen unmittelbar zur Unterstützung der Fraktionsarbeit genutzt werden. Nach dem Wahlerfolg im Bundestag wird die AfD jedoch wahrscheinlich einen Wandel vollziehen und vor Ort sichtbarer werden – insbesondere im Osten.

Strategie-Baukasten: Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD

Es gibt gegen die AfD keine „One size fits all“-Strategie. Generell gilt, dass Progressive immer im Kontext der politischen Situationen, der handelnden Personen und der Strategie des Gegenübers (also der AfD) handeln müssen. Dabei geht es vor allem darum, politisch selbst zu agieren statt lediglich zu reagieren. Betrachtet man die Arbeitsweise der AfD, ergeben sich verschiedene Handlungsansätze, die Fraktionen, Parteien und Medien helfen können, der AfD mit Haltung zu begegnen, ohne unfreiwillig deren Strategie zu unterstützen. Die Handlungsansätze können fortwährend im parlamentarischen Alltag angewandt werden und setzen zum Teil bereits sehr früh in den nun anstehenden formellen Schritten, z.B. bei der Konstituierung des Bundestages, an.

1. Führt die Auseinandersetzung scharf – aber ohne Tricks!

Die AfD sollte nicht mit parlamentarischen Geschäftsordnungstricks diskriminiert werden. Auch das Ändern parlamentarischer Gepflogenheiten, z.B. bei der Auswahl von Alterspräsidenten, ist kein adäquates Mittel, um der AfD wirksam zu begegnen. Dies ist zum einen der Fall, weil diese Ansätze praktisch nur innerhalb der politischen Blase wahrgenommen werden; zum anderen sind solche Mittel schlicht der demokratischen Debatte unwürdig. Progressive Kräfte müssen vermeiden, der AfD durch den Griff zu Verfahrenstricks die Gelegenheiten zu geben, sich als verfolgte Opfer zu präsentieren. Die formale Beteiligung der AfD am Parlamentarismus darf nicht verhindert werden!

2. Setzt starke Akzente gegen den AfD-Debattenton!

Der bisherige Debattenstil im Bundestag wird sich ändern. Schon Alexander Gaulands erste Äußerungen nach der Wahl („Wir werden Merkel jagen“) zeigen: Der Ton wird rauer. Es wird in vielen Debatten nicht mehr um die Frage des besseren Arguments gehen.

Zwischenrufe, Ordnungsrufe, Proteste gegen die Sitzungsführung sowie Sondersitzungen des Ältestenrats werden zunehmen. All das hat in den Bundesländern schon stattgefunden. Fraktionen, deren Mitglieder in der bisherigen politischen Normalität Deutschlands groß geworden sind, müssen deshalb umdenken. Zudem ist zu erwarten, dass die AfD-Bundestagsfraktion – analog zu ihren Landeskollegen – ihre neuen parlamentarischen Ressourcen dafür einsetzen wird, Informationen einzuholen, um Politik und Verwaltung auch im Detail zu kritisieren. Darauf müssen andere Parteien auf zweierlei Art reagieren: Erstens müssen sie inhaltlich und kommunikativ auf Angriffe vorbereitet sein. Und zweitens sollten sie ihre Energie darauf richten, eigene Debattenakzente zu setzen, statt sich dem Framing der AfD zu unterwerfen.

3. Verwehrt nicht die Wahl von AfD-Kandidaten!

In den Ländern ist es vorgekommen, dass die etablierten Fraktionen die Wahl von AfD-Kandidaten in Gremienposten verhindert haben, die der Fraktion formell zustanden (wie z.B. als Mitglied der PKK/G10-Kommissionen oder als Mitglieder des Landtagspräsidiums). Dieses Vorgehen hat den Opfermythos der AfD gestärkt und damit ihre Möglichkeiten zum eigenen Framing der politischen Debatte verbessert. Allein deshalb dürfen parlamentarische Gepflogenheiten nicht den Rechtspopulisten geopfert werden, zumal die AfD sich bewusst dann außerhalb des parlamentarischen Konsenses stellt, wenn ihr dies nutzt. Das bedeutet aber nicht, dass es keine Grenzen gibt oder dass jegliche KandidatInnen der AfD für andere Fraktionen wählbar wären. Wo aber die Grenze im Einzelfall zu ziehen ist, muss sorgfältig erwogen werden.

4. Richtet eure eigene Pressearbeit nicht an der AfD aus!

Im politischen Alltag sollten nicht alle Pressemitteilungen der AfD und ihre kommunikativen Vorstöße kommentiert werden. Dies zu tun hieße, über jedes strategische Stöckchen der AfD zu springen. Mediale Reaktionen auf die Kommunikation der AfD sollten gut abgewogen erfolgen, besonders was ihren Zeitpunkt angeht. Andere Fraktionen sollten Rechtspopulisten vielmehr im Parlament inhaltlich stellen und dort

versuchen, die Kommunikationsmuster der AfD aufzudecken. Gauland und seine Gesinnungsgenossen versuchen, völkischen Nationalismus und ethnische Homogenität wieder zu Leitbildern unserer Gesellschaft zu machen. Sie hängen dem „Phantasma eines ethnisch-kulturell homogenen Deutschlands“ (Melanie Amann) an und weben diese Haltung kontinuierlich in sachthematische Debatten ein. Das kann auch in der Pressearbeit unaufgeregt entlarvt werden. Es sollte außerdem nicht auf jede noch so abseitige Meinung mit moralischer Empörung reagiert werden.

5. Lasst Provokationen im Parlament ins Leere laufen!

Während der Parlamentsdebatte sollten progressive Parlamentarier gezielte Provokationen der AfD ins Leere laufen lassen. Dies gilt besonders dann, wenn es sich um Selbstinszenierungen als „Opfer“ der etablierten Parteien handelt, die meist die einzige Funktion haben, später auf Social Media-Kanälen als vermeintlich heldenhafter Widerstand gegen „das System“ präsentiert zu werden. In zahlreichen geschlossenen Facebook-Gruppen werden in der Folge die Timelines mit Falschmeldungen und tendenziösen Berichten gefüllt. Andere Fraktionen sollten diese populistische „Weiterverwendung“ der parlamentarischen Debatte im Hinterkopf behalten und abwägen, ob und wie sie auf Provokationen eingehen. Es muss wiederholt verdeutlicht werden, dass Widerspruch nicht Tabuisierung ist, sondern legitime demokratische Gegenrede.

6. Zieht rote Linien!

Bei allem Rat zu besonnenem Agieren muss zugleich sehr rasch klargemacht werden, welche Ideologien mit der AfD nun ihre bundespolitische parlamentarische Form gefunden haben. Die Zugehörigkeit der AfD-Mitglieder des Deutschen Bundestags zu rechtsextremen Seilschaften sollten offengelegt werden. Ebenso sollte verhindert werden, dass Ausschussvorsitze in sensiblen Politikbereichen mit Menschen besetzt werden, die Kontakte zur organisierten Rechten hatten oder haben. Generell gilt, was Erhebungen des Allensbach-Instituts deutlich zeigen: Politik und Gesellschaft sind heute kräftiger und demokratischer als noch vor einem Vierteljahrhundert. Allerdings gilt auch: Nur mit klaren roten Linien lassen sich die rechtsextremen Kräfte

wieder aus der Mitte der Gesellschaft verdrängen.

7. Betreibt kein Agenda-Cutting!

Nur weil Integrationsdefizite angesprochen oder Sorgen über Zuwanderung geäußert werden, sind nicht alle Wählerinnen und Wähler der AfD zwangsläufig rechtsextrem oder fremdenfeindlich. Progressive sollten sich deshalb trauen, gerade auch umstrittene Themen anzusprechen, in den Dialog zu treten und wieder Alternativen zu formulieren. Man muss dabei auch zugeben, wenn die AfD berechnete Fragen gestellt hat und Tabubrüche nicht den Rechten überlassen. Anstatt „Agenda Cutting“ zu betreiben, müssen progressive Kräfte wieder den Kontakt zu Menschen herstellen, die nicht der gleichen Meinung sind wie sie.

8. Stellt die AfD in Alltagsfragen!

Der Bundestagswahlkampf hat es gezeigt und die Erfahrungen in den Landesparlamenten legen es nahe: Die diskursive Ausgrenzung der AfD ist gescheitert. Ihr muss nun eine Auseinandersetzung über Inhalte und Personen folgen, aber keine Anfeindung der Wählerinnen und Wähler, die der AfD ihre Stimme gegeben haben, weil sie ihre Anliegen durch etablierte Parteien nicht abgedeckt sehen. Frank Decker, Cas Mudde und andere renommierte Populismusforscher haben dargelegt, dass Populisten oft die durchaus richtigen gesellschaftlichen Fragen aufwerfen. Progressive Politik muss diese beantworten, die schlechten Antworten der AfD widerlegen und sich mit ihr im parlamentarischen Alltag sachpolitisch auseinandersetzen. Progressive sind dann erfolgreich, wenn sie gute eigene Antworten geben und so die Nachfrage der Wählerinnen und Wähler nach populistischer Politik klein halten.

9. Entzaubert das Demokratieverständnis der AfD!

Die AfD betont in ihrer Rhetorik immer ihre Bürger Nähe und die Stärkung der direkten Demokratie. In Wirklichkeit hat sie basisdemokratische Elemente bisher stets nur simuliert oder deren Ergebnisse nicht berücksichtigt, z.B. bei der Befragung zum Wahlprogramm. Progressive müssen dies thematisieren, die Behauptung der rechtspopulistischen und rechtsextremen Akteure, sie würden „das Volk“ repräsentieren,

ad absurdum führen und sich zugleich selbstbewusst für die repräsentative Demokratie stark machen. Die Widersprüchlichkeit und Verlogenheit der AfD-Positionierung zu thematisieren, ist zielführender, als die AfD immer nur als „Nazipartei“ zu bezeichnen.

10. Bietet progressive Alternativen an!

In der Zeit bis 2021 muss es den progressiven Kräften gelingen, den Fokus der politischen Auseinandersetzung wieder auf eigenes Terrain, also auf eigene Themen und vor allem gesellschaftliche Visionen zu verschieben. Dazu gehört die deutliche Thematisierung sozialer Missstände und ihre Verbesserung. Progressive stehen, wie es Hajo Funke und Walid Nakschbandi bezeichnen, für die Raison d'être der Gesellschaft nach dem Nationalsozialismus: Sie müssen in Zeiten wie diesen wieder dafür kämpfen, dass Politik nicht Angst schürt, nicht Ressentiments entfesselt und nicht innere oder äußere Feinde beschwört. Progressive Politik muss wieder laut und deutlich werden. Sie muss der Verrohung der politischen Kultur durch Normalisierung teils rechtsextremer Inhalte entgegenwirken. Alle anderen Fraktionen sollten sich für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft, für soziale Sicherheit, Aufstiegschancen und eine sichere ökonomische Existenz für alle Menschen einsetzen und dafür greifbare Vorschläge liefern. Damit setzen sie sozialer Ungerechtigkeit und dem von vielen Menschen empfundenen Kontrollverlust etwas entgegen und schwächen letztlich den Rechtspopulismus der AfD.

11. Bietet echte Differenz statt künstlich erzeugter Debatte!

Es ist nicht hilfreich wenn das Gefühl entsteht, dass Auseinandersetzungen zwischen etablierten Parteien inszeniert sind. In der breiten politischen Debatte muss es wieder um echte Alternativen gehen. Dafür wird es auch wichtig sein, dass SPD und CDU ihre Positionen kontrovers diskutieren und so verunsicherten Wählerinnen und Wählern wieder eine politische Heimat bieten. Für den Umgang mit der AfD bedeutet das: Anstatt AfD-Politiker und Politikerinnen lediglich in ihrer Rolle als Populisten anzugreifen, müssen sie im parlamentarischen Alltag in der Sache gestellt werden. Zudem dürfen progressive Kräfte nicht

selbst populistisch agieren, sondern müssen deutlich machen, dass autoritäre Vorschläge und Politikmodelle keine wirklichen Lösungen bieten. Progressive Kräfte müssen wieder Alternativen für unsere Gesellschaft entwickeln und entschlossen für eine andere, solidarische Gesellschaft eintreten.

12. Stellt Eure Präsenz vor Ort wieder her!

Präsenz vor Ort ist für die etablierten Parteien und ihre Fraktionen ein wesentlicher Bestandteil im Umgang mit dem Rechtspopulismus. Damit das Vertrauen der Bevölkerung durch Präsenz zurückgewonnen werden kann, muss über andere Formen der Wahlkreisarbeit nachgedacht werden. Angelehnt an der Quartiersarbeit sollten dort neue Initiativen ausprobiert werden, wo politische und gesellschaftliche Beteiligung niedrig und die sozioökonomischen Strukturen schwach sind. Progressive Abgeordnete und Fraktionen sollten ihre lokalen Büros als physische Zeichen gegen die gefühlte Repräsentationslücke begreifen. Wenn sich Bundestagsabgeordnete und ihre Büros wieder als Andockstelle für zivilgesellschaftliches Engagement verstehen und die Bürgerinnen und Bürger vor Ort in gesellschaftliches Zusammenleben einbinden, kann verlorenes Vertrauen durch konkrete Aktion zurückgewonnen werden. Dafür müssen Abgeordnete aber erst einmal wieder in den betroffenen Regionen vertreten sein. Die teilweise erschütternden Wahlergebnisse und die niedrige Zahl von Parteimitgliedern in diesen Regionen zeigen, wie schwer dieser Weg sein wird. Deswegen bedarf es neuer Bündnisse und auch Änderungen der Parteistrukturen, um diese Aufgabe zu bewältigen.

13. Seid selbstbewusst im Netz!

Auf die Stärke der AfD in den sozialen Medien muss eine Antwort gefunden werden. Die etablierten Parteien haben diese lange Zeit nicht ernst genug genommen. Nicht nur in ihren Offline-Aktivitäten, sondern verstärkt auch online müssen sich Progressive daher mit dem Rechtspopulismus auseinandersetzen. Die eigene Social Media-Community muss in größerem Maße als bislang aktiviert werden – als Gegenentwurf zu den Personen, die bei der AfD besonders aktiv sind. Die Erfahrungen mit den Social Bots der AfD aus dem Bundestagswahlkampf zeigen, dass hier eine ernste

Gefahr für den demokratischen Austausch im Internet besteht. Die Parteien sollten ihre Kommunikationsanstrengungen im Internet nach den nun durchgeführten Bundestagskampagnen keineswegs reduzieren, sondern stärken.

14. Beobachtet rechte Netzwerke genau!

Derzeit veröffentlichen Zeitungen viele Porträts über die neuen AfD-Abgeordneten. Es kommt jedoch nicht nur auf diese an: Das rechte Netzwerk wird auch mittels wissenschaftlicher Referentinnen und Referenten versuchen, neue Zugänge in den Bundestag zu erlangen. Deswegen: Beobachtet das gesamte rechte Umfeld.

15. Treibt die europäische Vernetzung voran!

Viele europäische Länder haben bereits Erfahrungen mit populistischen Parteien im Parlament gemacht. Darum sollte Deutschland den europäischen Austausch suchen, in neuen Formaten Erfahrungen austauschen und Kooperationen vertiefen. Auch das trägt zur Zurückdrängung rechter Kräfte bei, die sich wiederum selbst international vernetzen. Progressive sollten ihre bestehenden Formen der Vernetzung und wissenschaftlichen Beratung stärken und sich bemühen, in ihre Debatten breite soziale Milieus einzuschließen. Ebenso sollte das Lernen aus der Landespolitik, zu dem dieses Papier einen Anstoß gibt, in Konferenzen, Workshops und kontinuierlichen Netzwerken verstetigt werden.

Fazit

Seit 2014 sind im Umgang mit den Fraktionen der AfD in den Landtagen verschiedene Strategien ausprobiert worden. Auch auf der Bundesebene wird es viel „Trial and Error“ geben. Politische Akteure im Bundestag tun gut daran, das Phänomen AfD nicht auf die leichte Schulter zu nehmen und als etwas von alleine Vorübergehendes zu behandeln. Der offene und aktive Austausch zum Umgang mit der AfD unter progressiven Kräften und besonders unter Abgeordneten sowie ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen wird in den nächsten Jahren enorm wichtig dafür sein, die AfD wirksam zurückzudrängen. Dieses Papier hat hierfür erste Handlungsempfehlungen gegeben und ist ein Plädoyer dafür, voneinander zu lernen. Niemand weiß, ob die AfD aus dem Bundestag perspektivisch wieder verschwindet. Umso wichtiger ist es, ab sofort konzentriert für dieses Ziel und die Stärkung der Demokratie zu arbeiten.

Autor



Fedor Ruhose ist Policy Fellow des Progressiven Zentrums und beschäftigt sich dort schwerpunktmäßig mit der Zukunft der Demokratie und Bund-Länder Beziehungen.

Institutionelles Format dafür ist der Bund-Länder Gesprächskreis, eine vertrauliche Runde progressiver Vertreterinnen und Vertretern von Bundes- und Landesministerien sowie Bundestags- und Landtagsfraktionen. Sein Ziel ist es, die Vernetzung von Progressiven der Landes- und Bundesebene zu fördern, um voneinander zu lernen und gemeinsame Strategien für ebenenübergreifende Herausforderungen zu identifizieren.

Hauptberuflich ist Fedor Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz. Davor war der Diplom-Volkswirt in unterschiedlichen Funktionen im Leitungsstab der Ministerien für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau sowie für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz tätig.

Das Progressive Zentrum

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit Sitz in Berlin. Ziel des Progressiven Zentrums ist, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht das Progressive Zentrum besonders junge VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in progressive Debatten ein. Die Discussion Papers des Progressiven Zentrums richten sich vor allem an politische EntscheidungsträgerInnen und EntscheidungsvorbereiterInnen in Ministerien, Parlamenten und Parteien, aber auch an Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Ziel ist es, neue Entwicklungen aufzuzeigen, Rechtspopulismus zu begegnen und mit Denkanstößen für eine fortschrittliche und gerechte Politik progressive Debatten in Deutschland und Europa anzutreiben.

Impressum

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Progressiven Zentrums auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e.V., 2017

Ausgabe: Oktober 2017

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert

c/o Das Progressive Zentrum e.V.

Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorstand: Dr. Tobias Dürr, Michael Miebach, Katarina Niewiedzial

Geschäftsführer: Dominic Schwickert

www.progressives-zentrum.org

mail@progressives-zentrum.org

www.facebook.com/dasprogressivezentrum

twitter: @DPZ_Berlin

Gestaltung: 4S und Collet Concepts

Layout: Niklas Tomkowitz